Nummer 102 — Halle, Freitag, den 2. Mai 1924. — 50. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.69 Goldmark und 42 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 5a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Das Gutachten der Sachverständigen.

Von Dr. Gustav Stresemann,
Minister des Auswärtigen.

II.

Welche Vorteile stehen nun für Deutschlandland diesen vielfachen materiellen und immateriellen Belastungen gegenüber?

Die Sachverständigen haben an die Spitze des Gutachtens die kategorische Forderung nach Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Einheit und Souveränität gestellt. Sie sind von dieser Notwendigkeit so sehr überzeugt, daß sie immer wieder auf diesen Punkt zurückkommen und ihn als Vorbedingung für die Durchführung ihres Vorschlags unterstreichen. So z. B. im Kapitel XVII des 1. Teils, wo sie sagen:

„Unser Plan hängt vollständig von der Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Souveränität ab und wir legen Wert darauf, zu betonen, daß die Ausführung des Planes aufzuschieben ist, je nachdem die tatsächliche Wiederherstellung verzögert wird. Die verschiedenen Zeitpunkte, die wir in unserem Bericht angeben, müssen in diesem Sinn verstanden werden."

An der gleichen Stelle betonen sie auch die unteilbare Einheit ihres Plans, so daß nicht ein Teil der Vorschläge ausgeführt, ein anderer Teil unberücksichtigt bleiben darf. Die Sachverständigen lehnen jede Verantwortung für ein solches Vorgehen oder für eine unsachgemäße Verzögerung der Ausführung ihres Planes ab. Mit den Sachverständigen muß Deutschland diese Forderung in den Mittelpunkt der Erörterung stellen. Die Zwischenzollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet, das besondere Ein- und Ausfuhrregime der Besatzungsmächte muß fallen; die westliche Zollgrenze muß wieder von den deutschen Finanzbehörden überwacht werden; die Sondersteuern der Besatzungsbehörden müssen aufhören; die Mieumverträge und die Kontrolle der Bergwerke und die Anzahl der Reparationsabkommen mit den einzelnen Industriezweigen der besetzten Gebiete müssen fallen; die Regie der Rhein- und Ruhrbahnen muß verschwinden und die deutsche Rheinschiffahrt muß wieder frei auf dem Rhein verkehren können; die deutsche Verwaltung muß wieder hergestellt werden; die deutschen Beamten und die Ausgewiesenen müssen wieder zurückgelassen und die Gefangenen freigegeben werden, wenn das Sachverständigengutachten verwirklicht und die deutsche Leistungsfähigkeit wieder hergestellt werden soll. Die Sachverständigen selbst haben dafür sich verbürgt, indem sie die unteilbare Einheit ihres Gutachtens festgestellt haben.

Sie haben sich unter Berufung auf die Grenze ihrer Aufgabe darauf beschränkt, zu verlangen, daß, wenn eine militärische Organisation in dem besetzten Gebiet besteht, sie die freie Entfaltung der wirtschaftlichen Aktivität nicht hindern darf und daß keine andere fremdländische wirtschaftliche Kontrolle oder Einmischung Platz greifen darf, als in dem Plan selbst vorgesehen. Dem entgegenstehende Einrichtungen müssen wieder zurückgenommen oder geändert werden. Die Sachverständigen haben diese Zurückhaltung hinsichtlich der militärischen Besetzung ausdrücklich deshalb geübt, weil ihre Aufgabe sich auf die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen beschränkt. Es ist aber nicht nur in Kapitel III des Teiles 1 zwischen den Zeilen zu lesen, daß sie den gegenwärtigen Zustand in den besetzten Gebieten nicht vereinbar halten mit der wirtschaftlichen Aktivität, sondern sie haben darüber hinausgehend im Kapitel XV über die ausländische Anleihe ausdrücklich verlangt, daß

„Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland stattfinden, um die politischen Bedingungen herzustellen, die das Anleihekapital der Welt geneigt machen können, Deutschland auf gute Sicherheit hin Anleihen zu geben."

Die Sachverständigen haben damit ausdrücklich den Weg gewiesen, auf dem diese Frage gelöst werden muß, und es wird und muß Aufgabe der deutschen Regierung sein, die Frage der militärischen Besetzung im direkten Gedankenaustausch mit den Alliierten zu klären.

Das Gutachten lehnt — entsprechend seiner passiven Einstellung gegenüber allen politischen Fragen — Sanktionen auch für die Zukunft nicht ab. Es fordert aber für die Zukunft, daß Sanktionen nur zulässig sein sollen, wenn eine flagrante Verfehlung Deutschlands gegenüber den jetzt durch ein gemeinsames Abkommen übernommenen Verpflichtungen vorliegt und wenn die Gläubigerregierungen gemeinsam solche Maßnahmen beschließen. Wenn demnach das System der Sanktionen von den Sachverständigen auch nicht abgelehnt worden ist, so haben sie dafür doch Voraussetzungen aufgestellt, die gegenüber dem jetzigen tatsächlichen Zustand, wo Frankreich für sich allein das Recht der Sanktionen in Anspruch genommen hat und neue künftige Sanktionen jetzt schon feststehen will, einen Fortschritt darstellen und die französische Auslegung des Art. 18 der Anlage 2 zum Teil VIII des Vertrages von Versailles ablehnen.

Das zweite große Verdienst des Gutachtens

ist, daß es mit Mut und mit großer wirtschaftlicher Einsicht das bisher ungelöste Problem angepackt hat: Wie können die in Deutschland intern aufgebrachten Markbeträge auf andere Volkswirtschaften übertragen werden, ohne immer wieder von neuem die deutsche Währung ins Wanken zu bringen? Die Wichtigkeit dieses Problems ist von deutschen Fachkreisen von Anfang an betont worden; es hat lange gedauert, um der Gegenseite dieses Problem klar zu machen; vielen ist es vielleicht jetzt noch nicht klar geworden. Tatsache aber ist, daß dieses unter der Geltung der seitherigen Reparationsvorschriften tatsächlich unlösbare Probleme bisher lähmend auf Schuldner und Gläubiger gelastet und jede Aktivität auf lange Sicht in der Reparationsfrage verhindert hat. An diesem Problem ist in Wahrheit die deutsche Währung zugrunde gegangen; der Zusammenbruch hat mit der Ueberweisung der 1 Milliarde Goldmark im Jahre 1921 begonnen, die ohne Rücksicht auf die Wirtschaftsgesetze der Währung und des internationalen Zahlungsverkehrs durchgeführt werden mußte. Für dieses Problem schlagen die Sachverständigen eine Lösung vor, die — wenn sie auch nicht frei von Mängeln und Bedenken ist — doch eine Lösung ist, indem sie den Grundsatz aufstellen, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat, wenn es in Mark an eine in Deutschland befindliche Reparationskasse gezahlt hat. Aus dieser Reparationskasse müssen zunächst alle in Deutschland selbst in Mark zu begleichenden Verpflichtungen erfüllt werden, wie Sachlieferungen, Besatzungskosten usw. Der Ankauf von deutschen Aktien, von Grundstücken, von Fabriken oder Gewerbetrieben oder von Schiffen ist nicht vorgesehen. Eine weitere Kautele gegen die mißbräuchliche Ausnutzung der Sachlieferungen ist dadurch eingebaut worden, daß Sachlieferungen aus den Bezugsländern nicht weiter exportiert werden dürfen, wie das in der Vergangenheit bei Kohle, Farben, Eisen usw. zum Schaden der deutschen Ausfuhr geschehen ist.

Der dritte Vorteil

ist, daß — zwar nicht generell, aber doch bezüglich des ordentlichen Haushalts — ein vollständiges Moratorium für die beiden ersten Jahre vorgeschlagen wird, und daß die Zahlungen aus dem ordentlichen Haushalt im dritten Jahr nur 110 Millionen und im vierten Jahr 500 Millionen G.-M. betragen. Es ist also für den Haushalt tatsächlich ein vierjähriger Zeitraum gegeben, um sich auf die im fünften Jahr einsetzende Normalleistung von 1,25 Milliarden vorzubereiten. Das Fehlen einer Endsumme ist dem Gutachten als Mangel vorgeworfen worden. Es ist zweifellos richtig, daß durch Festsetzung einer Endsumme manche Zweifel und Einwendungen hätten beseitigt werden können. Andererseits darf aber der zwingende Zusammenhang zwischen der interalliierten Verschuldung und einer Endsumme nicht übersehen werden, und daß die Zeit für eine Regelung der interalliierten Verschuldung in diesem Frühjahr noch nicht reif gewesen zu sein scheint. Ferner lassen sich auch sehr wohlerwogene Gründe dagegen anführen, den Streit um die Endsumme jetzt zum Austrag zu bringen. Im übrigen bringt das Sachverständigengutachten aber auch in diesem Punkt wichtige Fortschritte zu unseren Gunsten. Wenn es auch keine Endsumme nennt, so zieht es doch gewisse einschränkende, bisher nicht vorhandene Grenzen, sowohl in sachlicher wie in zeitlicher Beziehung. In Kapitel XI des Teiles 1 ist mit einer Klarheit, die nichts zu wünschen übrig läßt, ausgesprochen, daß die festgesetzten Annuitäten alle Zahlungen Deutschlands einschließen. Die Tragweite dieser Vorschrift weiß nur der voll zu würdigen, der die Schwierigkeiten kennt, die sich bisher in praxi daraus ergeben haben, daß die Nebenleistungen neben den eigentlichen Reparationslasten wie Besatzungskosten, Restitutionen, Kommissionskosten, Schiedsgerichtsverfahren, Ausgleichsverfahren, Pensionen und Sozialversicherungen für Elsaß-Lothringen und Polen ungeahnter Höhe nach zum Teil unübersehbar waren, und die an sich schon untragbaren Reparationslasten ins Uferlose steigen ließen. Alle diese Zahlungen müssen in Zukunft aus der durch die Annuitäten gespeisten Reparationskasse bestritten werden; mit anderen Worten: sie gehen nicht mehr zu besonderen Lasten Deutschlands, wenn es die in dem Gutachten aufgestellten Verpflichtungen erfüllt, sondern zu besonderen Lasten der Gläubiger und auf Kosten ihres Reinertrages für Reparation.

* * *

Vorstehend sind nur die Hauptpunkte des Gutachtens dargestellt worden. Einzelheiten zweiten Ranges, die nur von den Blick von den wichtigen Punkten ablenken würden, sind beiseite gelassen worden. Die Frage, vor deren Entscheidung Deutschland — Regierung und Volk — steht, ist, soll das Gutachten angenommen oder abgelehnt werden? Die Tragweite der Entscheidung in beiden Fällen muß wohl erwogen werden. Die beiden Vergleichsalternativen dabei sind nicht, wie werden die Zustände bei Annahme des Gutachtens und wie sind sie jetzt; sondern wie würden die Zustände sein, wenn wir annehmen, und wie würden sie sein, wenn wir ablehnen?

Es ist erst wenige Monate her, daß der Separatistensturm über das besetzte Gebiet dahinging und französische Kreise vor der Verwirklichung ihrer durch Tardieu und Foch verkündeten Absichten auf Abtrennung von Rheinland und Westfalen zu stehen schienen, wo deutsche Kreise an der nationaler Gesinnung kein Zweifel bestehen kann, in einer politisch selbständigen Organisation des Rheinlandes den einzigen und unvermeidlichen Ausweg sahen und wo die Erschütterung des Reiches vom Westen sich in andere Teile des Reiches fortpflanzte. Trotzdem gelang es nochmals, die Gefahr aus dem Westen abzuwenden. Das Ziel dieser französischen Kreise besteht aber noch heute. In anderer Form ist die wirtschaftliche Abtrennung des Westens weiter betrieben; die vollständige Organisation einer selbständigen Reparationsprovinz ist fertig und großenteils schon durchgeführt. Wenn das Gutachten angenommen und Frankreich gezwungen wird, die wirtschaftliche und finanzielle Souveränität und Einheit Deutschlands anzuerkennen, ohne deren Wiederherstellung die Annahme des Gutachtens für keinen Deutschen tragbar und bindend ist, wenn auf Grund des Gutachtens auf Jahre hinaus eine ruhige und stetige Entwicklung gesichert ist, besteht die Hoffnung, daß französische Abtrennungsziele für absehbare Zeit, vielleicht für immer vereitelt sind.

Daß dagegen eine Ablehnung des Gesamtgutachtens, wie es heute bereits verlangt wird, unserer außenpolitische Lage erschweren würde, unterliegt wohl keinem Zweifel. Nach jahrelangem Bemühen ist es Deutschland gelungen, und zwar ist dies das besondere Verdienst des Kabinetts Cuno, das amerikanische Volk zu einem ersten vorsichtigen Schritt aus seiner Reserve gegenüber Europa und der Reparationsfrage zu bewegen. Die amerikanische Initiative hat zu diesem Sachverständigengutachten geführt. Man wird auch heute nach dem Studium des Gutachtens zugestehen müssen, daß der aufrichtige Wille der Sachverständigen, ein objektives Gutachten zu erstatten, auch dann nicht in Zweifel gezogen werden kann, wenn man vom deutschen Standpunkt aus mit Recht betont, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands in vieler Beziehung überschätzt worden ist. Jedenfalls wird zugestanden werden müssen, daß das Gutachten, wie es auch der Beschluß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sagt, auf volkswirtschaftlichen Erkenntnissen aufgebaut ist und von beiden Seiten Opfer und Verzichte verlangt. Die Haltung der französischen Oeffentlichkeit, die vielfach scharf gegen die Annahme des Gutachtens Sturm läuft, zeigt dies zur Genüge. Wenn die Deutsche Reichsregierung gegenüber dieser Situation sofort bei Erscheinen des Gutachtens ein „Unannehmbar" ausgesprochen hätte, würde sie unzweifelhaft einen großen politischen Fehler begangen und die Politik der Gegner Deutschlands unterstützt haben.

Das waren die Gesichtspunkte, welche die Regierung veranlaßt haben, in dem Sachverständigengutachten eine sachliche Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems zu sehen. Die Aufgabe der Regierung wird darin bestehen, die Voraussetzungen, die an sich in dem Sachverständigengutachten enthalten sind, die aber in Ausführungen führender französischer Politiker in unzutreffender Weise interpretiert werden, unbedingt sicherzustellen. Ist diese Sicherstellung erreicht, ist damit die Wiederherstellung der völligen Souveränität des Reiches auf allen Gebieten gesichert, ist der Weg in die Heimat frei für die Ausgewiesenen und Gefangenen, ist die allmähliche Verminderung der Besatzung gewährleistet durch die Bestimmung des Gutachtens, daß die Besatzungskosten in Zukunft von den Besatzungsmächten getragen werden, dann wird das deutsche Volk vor der Frage stehen, ob es die in dem Sachverständigengutachten ihm auferlegten Lasten und die Beschränkungen der wirtschaftlichen und finanziellen Freiheit höher schätzt als die politische Freiheit, die mit Hilfe dieser Leistungen erreicht werden soll.

Eine interalliierte Konferenz.

Paris, 1. Mai. Die Reparationskommission ist gestern eine offizielle Sitzung abgehalten, und zu Beginn des Nachmittags eine Mitteilung veröffentlicht, die folgenden Wortlaut hat:

Die Reparationskommission beschließt:

1. Sofort das Organisationskomitee der deutschen Eisenbahnen zu bilden, so wie es in Artikel 9 der Annexe 4 des ersten Expertenkomitees vorgeschlagen ist, und zu diesem Zweck Sir William Acworth und Levevre zu bitten, persönlich an den Arbeiten dieses Komitees teilzunehmen.

2. Die Reparationskommission ernennt Sir Robert Kindersley als Vertreter des Komitees zur Organisation der im Artikel 3 der Annexe 1 des Dawes-Berichtes vorgesehenen Bank.

3. Die Kommission ernennt Alfred Descamps, Administrator der Banque du Nord, als Mitglied des Komitees für die Ausgabe der Industrieobligationen, so wie diese in der Annexe 5 des ersten Sachverständigenberichts vorgesehen sind.

Brüssel, 1. Mai. Theunis und Hymans fahren heute abend nach London ab. Sie werden sich Freitag früh nach Chequers zu Macdonald begeben. Sie werden Sonntag in Brüssel wieder eintreffen. Die Zusammenkunft mit Mussolini bleibt für den 18. Mai aufrechterhalten. Ein anderer Besuch, der nicht ohne politische Bedeutung sein dürfte, ist der des Marschalls Haig, der in Brüssel eingetroffen und auf der englischen Botschaft abgestiegen ist.

Der „Chicago Tribune" zufolge besteht die Möglichkeit, daß Poincaré und Ramsay Macdonald der Zusammenkunft der belgischen Minister mit Mussolini in Mailand am 18. Mai beiwohnen werden. Diese Zusammenkunft würde damit zu einer gemeinen interalliierten Konferenz erweitert werden. Im übrigen drückt die Pariser Presse lebhafte Befriedigung über die von den amerikanischen Sachverständigen Dawes und Young in New York abgegebenen Erklärungen aus.

Ueber die französisch-belgischen Verhandlungen berichtet „Daily Telegraph", daß sie bis jetzt oberflächlich gewesen seien. Eigentliche Schwierigkeiten seien überhaupt nicht berührt worden, namentlich die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes und schließlich die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des Reiches.

Der Raubstaat im Osten.

Warschau, 1. Mai. In der Budgetkommission des Sejm erklärte der Referent bei der Besprechung des Staatshaushaltsplans, des Kriegsministeriums, daß durch die im Gesetz vorgesehene zweijährige Militärdienstzeit des Jahreskontingents der polnischen Armee sich von 270 000 auf 350 000 Mann erhöht.

*

Die polnischen Staatspräsidenten hatten sich bislang auf dem Gebiete politischer Kundgebungen ziemlich zurückgehalten. Der gegenwärtige nun, Herr Wojciechowski, befand für gut, in einer Rede aus Anlaß der Posener Messe eine andere Sitte einzuführen. Er trat da ganz ungeniert für weitere territoriale Ausdehnung Polens ein und scheute nicht zurück vor direkten Verstößen gegen den Völkerbund, den Minderheitenschutzvertrag, ja gegen die Signatarmächte des Versailler Friedensvertrages. Diese Rede spiegelt so typisch den polnischen Größenwahn, daß die Einreichung eines gehannischten deutschen Protestes in Warschau sich von selbst versteht. Die immer erneute Bereitschaft Deutschlands, in Verhandlungen mit Polen über die Auslegung des Minderheitenschutzvertrages einzutreten — die nächsten beginnen dieser Tage in Wien —, wird schroff abschattiert durch die unerhörten Darlegungen des polnischen Staatspräsidenten. Daß die Wiener Konferenz bei solcher Sachlage ebenso resultatlos ausgehen wird, wie s. Zt. die Dresdener, darauf läßt sich beinahe eine Wette wagen.

In drei Zeilen.

Im englischen Unterhaus wurde gestern Macdonald von mehreren Abgeordneten über die französischen Verhaftungen und Ausweisungen im besetzten Gebiet interpelliert.

Die Botschafterkonferenz tritt heute zu einer Sitzung zusammen. Sie wird die deutsche Note über die Kontrollfrage besprechen.

Macdonald erklärte, daß vorläufig keine Abrüstungskonferenz einberufen werde, es müßten vorher verschiedene europäische Schwierigkeiten beseitigt werden.

Nach einer Meldung aus Adana hat auf einer ausgedehnten Küstenstrecke im südlichen Syrien eine Art von Entscheidungskampf zwischen Franzosen und Franzosen begonnen. Die Kämpfe dauern noch an, und es hat den Anschein, als ob der Rebellenführer Suleiman Herr der Lage sei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240502017/fragment/page=0001

Ein Schützling der Franzosen.

Ludwigshafen, 1. Mai. Der Schützling des Generals de Metz, der separatistische Bürgermeister Helferich, auf den vor einigen Tagen ein Attentat verübt wurde, war früher Volksschullehrer, der aus dem Schuldienst entfernt werden mußte. Nach seiner Entlassung betätigte sich Helferich als Geschäftsleiter der Gesellschaft Schuhfabrik in Münchweiler. In dieser Eigenschaft wurde er vom Schwurgericht Zweibrücken am 30. Januar 1911 wegen betrügerischen Bankrotts zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. In einer am 13. September 1911 von der Strafkammer Zweibrücken über ihn ausgesprochenen Gefängnisstrafe wurden beide Strafen auf drei Jahre und eine Woche Gefängnis zusammengezogen. Auch wurden Helferich die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

*

Das französische Kriegsgericht setzt seine Methode, unerhört harte Strafen für kleinere Verbrechen zu diktieren, fort. So wurden jetzt die Arbeiter Edinger und Schneider, die aus einem aufgebrochenen Güterwagen im Bahnhof Kaiserslautern zehn Ballen Stoff und einen Handwagen zum Fortschaffen der gestohlenen Waren gestohlen hatten, zu zehn resp. fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Ein 17jähriger Bursche, der ihnen geholfen hatte, erhielt zwei Jahre Gefängnis und Strafaufschub. Der verurteilte Edinger ist in das unbesetzte Gebiet geflüchtet.

Die von den Franzosen im Ruhrgebiet vorgenommenen Verhaftungen wegen angeblicher Zugehörigkeit zu Geheimorganisationen sind, wie die Telegraphen-Union aus dem Ruhrgebiet aus durchaus zuverlässiger Quelle erfährt, auf einen französischen Spitzel zurückzuführen, der sich vor einiger Zeit in den Jungdeutschen Orden aufnehmen ließ und eine Reihe von Mitgliedern den Franzosen verriet.

Kampf mit Saboteuren.

Feuergefecht zwischen Polizei und Kommunisten.

Wie bereits berichtet, waren in der Nacht zum Montag von anscheinend radikalen Elementen Sabotageakte auf einigen Zechenanlagen verübt worden. Die Polizei von Gelsenkirchen nahm sofort die Ermittelungen auf, die zu verschiedenen Verhaftungen führten. Die beiden Haupttäter hatten sich verborgen. Als die Polizei zu ihrer Verhaftung schreiten wollte, wurden sie mit Feuer empfangen. Ein Polizist wurde auf der Stelle getötet, ein zweiter schwer verwundet. Das Gebäude wurde daraufhin von einem Polizeiaufgebot regelrecht belagert. Weit mehr als 100 Schüsse wurden dabei aus dem Gebäude auf die anstürmenden Polizeibeamten abgegeben. Am Mittwoch früh gegen 10 Uhr verstummte das Feuer. Als das Gebäude von der Polizei genommen wurde, fand man die Attentäter tot. Ob sie sich selbst das Leben genommen haben oder ob sie von der Polizei erschossen worden sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Sie waren im Besitze von Armeerevolvern, Karabinern und Handgranaten. Ihre ganze Munition war verschossen.

*

Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, beabsichtigen die Kommunisten am 1. Mai trotz des Verbots Demonstrationen in Essen zu veranstalten. Aktiver Widerstand gegen Polizeimaßnahmen soll allerdings nicht geleistet werden. Die Kommunisten wollen sich vielmehr damit begnügen, das Vorgehen der Polizei agitatorisch (natürlich unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Wahlen) zu verwerten.

Der Aufstand in Kuba.

Nach einer Meldung aus Kuba ist der Bürgermeister von Santiago von den Aufständischen ermordet worden. Die Regierung zieht Truppen zusammen, um der Lage Herr zu werden. Die Möglichkeit einer amerikanischen Intervention in Kuba wird zurzeit in Washingtoner politischen Kreisen erörtert. Präsident Coolidge und Staatssekretär Hughes sollen die Situation mit großer Besorgnis betrachten.

Helfferichs letzte Fahrt.

Die Trauerfeier in Mannheim.

Mannheim, 30. April. Trotz der Gewittersstimmung, die sich bei Beginn der Trauerfeier für Dr. Helfferich und seine Mutter in einem Sturm und Regen austobte, umstand eine nach Tausenden zählende Menge das Krematorium, das innen und außen würdigen Trauerschmuck trug. Auf der Höhe der Freitreppe waren die Särge aufgebahrt, umringt von einer Fülle von Blumen und Kränzen, darunter Kränze nom früheren deutschen Kaiser und dem Kronprinzen. Auf den Stufen der Freitreppe hatte die Studentenschaft der benachbarten Universitäten, der Mannheimer Handelshochschule und der Ingenieurschule in vollem Wichs mit umflorten Fahnen Aufstellung genommen. Unten hatten sich die vaterländischen Jugendverbände aus Süddeutschland mit ihren Fahnen aufgestellt, denen sich das Publikum anschloß. Mit dem Beethovenschen Trauermarsch wurde die Feier stimmungsvoll eingeleitet. Alsdann hielt Konsistorialrat Dr. Fischer-Berlin, ein Freund der Familie, die Gedächtnisrede. Er entwarf ein lebendiges Bild des Menschen, Wissenschaftlers, Staatsmanns und Patrioten Helfferich. Besonders herzliche Worte fand der Geistliche für die Schilderung des Verhältnisses des Entschlafenen zu seiner Familie. Mit der Mahnung der Treue, die Helfferich seinem Volk, seiner Heimat und seiner politischen Ueberzeugung gehalten habe, nachzueifern, schloß der Redner. Nach dem von dem Orchester gespielten Choral „Jesus meine Zuversicht" begann unter Niederlegung von Kränzen eine Reihe von Ansprachen. Reichsfinanzminister Dr. Luther überbrachte den Abschiedsgruß der deutschen Reichsregierung. Den Kranz für den Reichstag legte Vizepräsident Dietrich nieder mit der Widmung „Das Vaterland in Dankbarkeit seinem bis in den Tod getreuen Sohne". Der Regierungspräsident der Pfalz, Matthäus, machte sich zum Dolmetscher der Gefühle der bayerischen Regierung. Bayern und die Pfalz seien stolz auf diesen Sohn der Heimat und auf die Mutter, die ihn gebar. Es folgte Bürgermeister Fortuhber-Neustadt als Vertreter der Vaterstadt Helfferichs. Dr. von Staub als Vertreter der Deutschen Bank. General Wild von Hohenborn, der frühere Kriegsminister als Vertreter des 6. Wahlkreises. Ferner traten an die Bahre Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei Badens, Hessens, Württembergs, Mannheims und Heidelbergs. Exz. Wallraff sprach als Vertreter der Gesamtpartei der Deutschnationalen, der die Bedeutung des Toten für die Partei und das Vaterland hervorhob. Weiter sprachen noch Vertreter aus dem Saargebiet sowie der Bismarckbünde. Als das Niederländische Dankgebet, gesungen von dem Lenzischen Männerchor erklang, senkten sich die Fahnen der Studenten über die Särge.

*

Der Kaiser drahtete an Frau Staatsminister Helfferich:

Tief erschüttert durch die Nachricht von dem jähen Ableben Ihres Gatten und seiner Mutter versichern wir Sie unserer wärmsten Teilnahme. Auf das schmerzlichste empfinden wir den unersetzlichen Verlust, den mit Ihnen das deutsche Volk erlitten hat. Vorbildlich stellte der allzu früh Heimgegangene sein reiches umfassendes Wissen, seinen klaren, scharfen Blick und seinen zähen, tiefbaren Willen in den Dienst des Vaterlandes, dessen Betreitung von Schuldlüge, Verfailler Diktat und unerträglicher Fremdherrschaft, dessen Wiederaufrichtung in nationaler Freiheit und Selbstbestimmung ihm heilige Lebensaufgabe war. Unsere Verehrung und Dankbarkeit für seine bis in den Tod bewährte opferfreudige Treue ist diesem kerndeutschen Mann für alle Zeit gewiß. Gott stärke Sie in Ihrem herben Schmerz und schütze Sie mit Ihrem Sohn, meinem lieben Patenkinde, Prinz Oskar wird uns bei der Trauerfeier vertreten.

Der Abbau in Preußen.

Eine vom Preußischen Finanzministerium ausgearbeitete Zusammenstellung der Abbau- und Ersparnismaßnahmen in Preußen über die mit den Fachressorts bereits Einverständnis erzielt ist und die schon durchgeführt oder in Vorbereitung sind, ist dem Staatsrat und dem Landtage zugegangen. Die Gesamtsumme der bei den einzelnen Ressorts zu erwartenden jährlichen Ersparnisse beläuft sich nach dieser Aufstellung auf 159 628 300 Goldmark, die der einmaligen Ersparnisse auf 11 130 000 Goldmark.

Beim Finanzministerium werden die Ersparnisse aus dem Personalabbau veranschlagt auf 80 000 000. Durch Verminderung der sonstigen persönlichen Ausgaben ergibt sich eine Ersparnis von 7 755 000 M. Die Einschränkung der sächlichen Ausgaben für Bürobedürfnisse soll erbringen 8 000 000 M. Die Erhöhung der neuen Einnahmen beim Finanzministerium wird veranschlagt auf 496 000 000 M. Sie ergibt sich aus der Erschließung neuer Einnahmequellen und zwar aus der Steuer vom Grundvermögen voraussichtlich 200 000 000, aus der Verwaltungsgebührenordnung schätzungsweise fünf Millionen, aus der Börsensteuer voraussichtlich 3 000 000 und aus der Hauszinssteuer 288 000 000.

Beim Innenministerium sollen Ersparnisse erzielt werden zunächst durch Sichtung von Gesetzentwürfen und durch Maßnahmen der Verwaltungsreform. Aus dem Entwurf über die Verminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten wird eine Ersparnis von 700 000, aus dem für die Staatsratsmitglieder auf 100 000 M. errechnet. Der Abbau von Behörden und Organisationen beim Ministerium des Innern soll eine Ersparnis bringen von 3 751 000 M. Die Einschränkung der sächlichen Ausgaben beim Innenministerium wird veranschlagt auf 22 950 000 an jährlichen, auf 10 830 000 M. an einmaligen Ausgaben.

Beim Justizministerium werden erhebliche Ersparnisse aus der Justizreform erzielt.

Beim Kultusministerium errechnet man aus dem Abbau von Behörden eine Ersparnis von jährlich 6 833 000 M.

Beim Handelsministerium werden u. a. die 14 Kohlenwirtschaftsstellen aufgehoben.

Beim Landwirtschaftsministerium erzielt eine Verminderung der Zahl der ländlichen Fortbildungsschulen von 5000 auf 1500. Es werden ferner eingeschränkt Landgewinnungsarbeiten, Ausgaben für Bäder, staatliche Heilwasseranlagen, Mooraufschließung, Kleinbahnanlagen und Wegebauten. Auf das Gebiet der Förderung der Viehzucht und der Fischerei, für Wasserwirtschaft usw., ferner Ausgaben für die innere Kolonisation, Pferdezucht, Reblausbekämpfung.

Beim Volkswohlfahrtsminister soll der Abbau eine Ersparnis von 1 215 000 M. ergeben. Es handelt sich hier um Fonds bei der Medizinalverwaltung, Einschränkung der Staatsausgaben auf dem Gebiet der allgemeinen Wohlfahrtspflege. — In der Zusammenstellung wird zum Schluß darauf verwiesen, daß auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Maßnahmen die in den Jahren 1924 einmaligen Beträge für Erwerbslosenfürsorge um 100 Millionen, für Sozial- und Kleinrentnerfürsorge um 6 600 000 Goldmark gegenüber der Vorschätzung herabgesetzt werden konnten.

Den Demokraten ins Stammbuch.

Ueber einen demokratischen Reichstagskandidaten, den Grafen Bernstorff, schreibt die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande":

„In der amerikanischen Zeitschrift „Current History" hat der ehemalige deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, einen Artikel veröffentlicht, in dem er erklärt: „Allein die politische Ungeschicklichkeit der deutschen Staatsmänner hat Amerika in den Krieg hineingetrieben. Die militärischen Tollheiten der deutschen Generale sind an der Niederlage schuld." Ganz im Gegenteil zu dem, was sie beweisen sollen, offenbaren diese unverantwortlichen empörenden Aeußerungen gerade die Tollheit dieses „deutschen" Staatsmannes, der noch immer nicht begriffen hat, was Amerika in den Krieg trieb. Daß dieser . . . (wie das niederländische Blatt hier den Grafen B. nennt, können wir hier nur durch Punkte ersetzen. D. Red.) die Generale beschimpft und verkleinert, ist nicht zu verwundern. Er ist noch wie vor in Wilson vernarrt und hat die Veröffentlichungen über ihn entweder nicht gelesen oder nicht begriffen. Er hat wohl die Szene im Senat vergessen, als Wilson, über die Ursachen befragt, die Amerika in den Krieg trieben, die Frage des Senators, ob Amerika auch dann gegen Deutschland in den Krieg eingetreten sein würde, wenn seine Kriegsgäste Deutschlands gegen Amerika vorgelegen hätten, mit „Yes, yes, yes" beantwortete?"

Graf Bernstorff kandidiert für den neuen Reichstag als demokratischer Spitzenkandidat . . .

Aus der Wahlbewegung.

Völkische Knüppelhelden.

Die „D. A. Z." meldet: In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag klebte ein Trupp der Gruppe Nordwest der Deutschen Volkspartei an Straßenkreuzungen und Plätzen Wahlplakate und Flugblätter auf. Plötzlich erschienen 15 jugendliche, mit Knüppeln versehene Burschen und provozierten in unerhörtester Weise die Zettelankleber und hieben sofort rücksichtslos mit Knüppeln auf sie ein. Auch einen vorbeifahrenden Radfahrer der Gruppe hielten sie an und mißhandelten ihn in brutalster Weise durch Schläge. Ein anderer wurde durch Schläge über den Kopf kampfunfähig gemacht, während man einem 16jährigen Burschen Flugblätter entriß und ihm die Hand umdrehte. Zwei der Angreifer wurden zur Polizeiwache gebracht und als Mitglieder einer deutschvölkischen Ortsgruppe fistiert.

Ludendorff dementiert.

Die Pressemeldung, daß General Ludendorff, der Spitzenkandidat der Deutschvölkischen Freiheitspartei, sofort nach seiner Wahl auf das Reichstagsmandat verzichten werde, wird im „Berl. Lok.-Anz." von der Deutschvölkischen Freiheitspartei entschieden dementiert.

Die Anklage gegen Thormann und Dr. Grandel. Der rechtsradikale Attentatsplan gegen den Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, wird voraussichtlich im kommenden Monat die Gerichte beschäftigen. In den letzten Tagen ist nunmehr die Anklage gegen die im Januar d. J. verhafteten Hauptbeteiligten an dem Unternehmen, den Kaufmann und Ingenieur Alexander Thormann und den Augsburger Fabrikanten Dr. Gottlieb Grandel, fertiggestellt worden.

Starker Rückgang der Erwerbslosenziffer. Die Zahl der Erwerbslosen im unbesetzten deutschen Gebiet ist in der Zeit vom 1. bis 15. April von 703 000 auf 476 000 zurückgegangen.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau abgelehnt. Der Zechenverband hat am 23. April gefällten Schiedsspruch des Schlichters, der eine Lohnerhöhung im Ruhrkohlenbergbau um 15 Prozent vorsah, abgelehnt.

Die echten „Continental"-Sohlen und Absätze im Spezial-Geschäft Gummi-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Das Glück der Ingrid Wendland.

Roman von Erich Friesen.

9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Unwillkürlich beschleunigte Ingrid ihre Schritte. Ihr war, als müßte sie einer Gefahr entfliehen.

Hilmar folgte ihr auf dem Fuß. Er fürchtete, sie könnte fallen oder sich sonstwie verletzen bei dem raschen Gehen über Gestrüpp und spitzes Gestein.

Jetzt eine Lichtung — —.

Drunten in einiger Entfernung, die ganze Festgesellschaft, die sich auf der Matte gelagert hatte zu einem mitgebrachten Imbiß.

Nach wollte Ingrid hinunter. Er wollte sie aufhalten.

Sie schüttelte den Kopf. Ihr wurde bange hier oben mit ihm allein.

„So darf ich Sie wenigstens grüßen?" bat er.

„Ich fühle mich allein am sichersten," wehrte sie beklommen.

Behutsam sprang sie hinab, von Stein zu Stein, über Baumwurzeln und gebrochene Aeste. Er folgte in einiger Entfernung. In seinen Augen stand Besorgnis geschrieben. Doch war ihr Wunsch ihm Befehl.

Da — ein leiser Aufschrei — —

Ehe Hilmar ihr zu Hilfe eilen konnte, sank sie auch schon zu Boden.

„Ingrid —!!"

Die Angst um sie erpreßte den Namen seinen Lippen.

Er stürzte auf sie zu und hob sie empor.

Einige Augenblicke ruhte die zarte Gestalt an seiner Brust. Sie war sehr bleich, doch ihre Lippen lächelten.

Dann stand sie wieder auf den Füßen. Ihr Haar hatte sich gelöst und hing ihr wie ein goldleuchtender Mantel über Schultern und Rücken.

Befangen ordnete sie ihre Frisur, wobei ihre Hände zitterten und ihr Herz in raschen, lauten Schlägen pochte.

Als sie auszuschreiten versuchte, fühlte sie einen heftigen Schmerz im linken Fußgelenk. Sie knickte zusammen und blickte mit einem rührend hilflosen Ausdruck zu ihm auf.

„Darf ich?" fragte er mit einer ihm sonst ungewohnten Schüchternheit, indem er ihr den Arm bot.

„Ja bitte!"

„Warum wollten Sie sich mir vorhin nicht anvertrauen?"

Sie errötete bei dem leisen Vorwurf in seiner Stimme, doch erwiderte sie nichts. Mehr getragen als geführt von seinem starken Arm, schritt sie schweigend dahin. Mit Mühe verbiß sie den rasenden Schmerz, der ihr kaum erlaubte, aufzutreten und ihr die Tränen in die Augen trieb.

Unten hatte man das Kommen der beiden bemerkt. Der kleine Conte Veppinetti war der erste, der ihnen entgegenstürzte.

„Oh, Signorina!" rief er schon von weitem mit starkem Stimmenaufwand und aufgeregten Gesten. „Der Signor, Ihr Vater, sein sehr nervos um Ihnen. Wo haben Sie gestocken — vardone, geliebt? Doch nicht das ganze Zeit in Gesellschaft von diese Monsieur?"

Dr. Holger runzelte die Brauen bei dem spöttisch beleidigenden Ton des Italieners. Doch hielt er es nicht an der Zeit, ihn zur Rede zu stellen. Sorglich geleitete er Ingrid zu einer moosbewachsenen Steinbank, wo er sie der Obhut ihrer Eltern übergab.

Von nun an drehte sich die allgemeine Aufmerksamkeit nur um Ingrid Wendland, deren Fuß heftig schmerzte.

Von dem wütenden Conte Veppinetti, der wie ein hilfiger Köter mit rollenden Augäpfeln hin und herrannte, nahm niemand Notiz. Höchstens Daisy Roseburn, die ihm schmachtende Blicke zuwarf.

Doch die interessierte den kleinen Othello nicht.

IV.

Ingrids Verletzung erwies sich als unbedeutlich. Einige Tage Schonung, und die leichte Sehnenzerrung war beseitigt, ohne jede Spur von bösen Folgen.

Hilmar Holger hatte sich am nächsten Morgen nach ihrem Befinden erkundigt, sie aber nicht gesprochen. Dann war er weggeblieben; er wollte nicht zudringlich erscheinen.

Ingrid vermißte ihn schmerzlich. Aber sie verschloß dies Gefühl tief in ihrem Innern.

Inzwischen bereitete Adrian sich für sein Examen vor.

Je näher der Tag kam, um so verschlossener und niedergedrückter wurde er. Da der junge Mann ohnehin keine gesellige Natur war, so fiel das weiter keinem auf.

Nur Ingrid, die ihm im Alter am nächsten stand und als Kind seine treue Spielkameradin gewesen war, bemerkte in Erinnerung an ihr Gebrüder mit Hilmar Holger, seinen Seelenzustand. Und ihr hangte vor der Zukunft, die den Vater oder den Bruder schmerzvoll sein, ja ein Zerwürfnis zwischen beiden in sich bergen mußte.

Einmal hatte sie versucht, mit Adrian über seinen zukünftigen Beruf zu sprechen. Er jedoch hatte schweigend abgewinkt. Seitdem vermied sie, auf die Sache zurückzukommen.

Und doch, — wenn sie jede Nacht im Nebenzimmer die Schritte ihres Bruders vernahm, — wenn sie hörte, wie er diese Stunden schlaflos zubrachte, — wenn sie am nächsten Morgen sein übernächtigtes, verhärmtes Gesicht sah, aus dem die tiefliegenden Augen in unheimlichem Feuer hervorblitzten — dann fragte sie sich immer wieder: „Was soll das werden Mein Gott, was soll das werden?"

Konsul Wendland selbst war zu sehr Beamter mit Leib und Seele, dabei so harmlos und mit wenig Beobachtungsgabe ausgestattet, daß ihm auf den Gedanke kam, sein einziger Sohn könnte sich unzufrieden fühlen in dem Beruf, in dem er aufgewachsen, der ihm von Kindheit an gewissermaßen schon als passendes Kleid zugeschnitten worden war.

Um so mehr beschäftigte es ihn, als eines Vormittags, wenige Tage vor dem Examen, sein Sohn ihn um eine Unterredung bat.

„Wozu diese Umstände," rief er jovial, „Schmatz doch, wie bei der Schnabel gemachsen ist! Wozu eine feierliche — Unterredung?"

„Nein, ich bitte dich, Vater! Komm in dein Zimmer! Ich muß etwas Wichtiges mit dir besprechen!" lautete die heftige Entgegnung. Und das Gesicht des jungen Mannes sah dabei so unglücklich aus, daß dem braven alten Konsul selbst unbehaglich zumute wurde.

„Na, nun schieß los!" rief er, als gleich darauf Vater und Sohn einander in dem geräumigen altfränkischen Herrenzimmer gegenüberlagen.

Adrian konnte sich nicht so rasch entschließen, mit seinem Vorhaben herauszurücken. Er hatte es sich doch leichter gedacht. Unwillkürlich warf er einen mitleidigen Blick auf den alten Herrn. Welch liebes, freundliches Gesicht! Welch gute treue Augen! Und er, der Sohn, wollte ihm jetzt Kummer bereiten!

Und doch — es mußte sein! Er gab seinem Körper einen Ruck und begann:

„Lieber Vater —"

„Nun —? Schulden gemacht, Junge? Oder was sonst?"

Adrian schüttelte den Kopf. Dann, mit einem plötzlichen Anlauf, faßte er den Stier direkt bei den Hörnern und polterte los:

„Vater! Ich tauge nicht zur diplomatischen Karriere!"

„Bist du verrückt geworden?" fuhr Konsul Wendland auf. „Was hast du plötzlich daran auszusetzen?"

„Alles" erwiderte der junge Mann kurz und bestimmt. „Die damit verbundenen Aeußerlichkeiten, das Sich-buchen-müssen, das Sich-drehen und -winden, das vorsichtige Tasten und Diplomatisieren, das Parlamentieren und Kompromißschließen — alles dies widerspricht meiner Natur!"

Der alte Herr war aufgesprungen und hatte seinen Stuhl heftig von sich geschoben.

„Mit einem Wort: du hegst aufwiegelerische Ideen! Du willst niemandem gehorchen!"

„Nein, Vater, das ist es nicht. Sieh, mir graut vor dem aufgezwungenen Beruf! Ich würde nie ein guter Diplomat sein. Würde mit meiner brutalen Offenheit alles verderben. Es tut mir von Herzen leid, lieber Vater, daß ich dich betrüben muß. Es tut mir auch leid um das viele Geld, was ich dir schon gekostet habe und das nun weggeworfen ist. Aber — ich kann nicht anders!"

Ohne den Sohn mit einem Wort zu unterbrechen, hatte Konsul Wendland ihn ausreden lassen. Jetzt legte er die Hand auf seinen Arm und blickte forschend in das unschöne, erregungsbleiche Jünglingsgesicht.

„Ein bittres Lächeln zuckte um Adrians Lippen.

„Schau mich nur recht an, Vater!" murmelte er. „Ein schöner Gesandtschaftsattachee wäre ich ohnehin nicht geworden. Aber — was noch schlimmer ist — auch kein brauchbarer. Unsere Vorfahren waren alle tüchtige Beamte, darunter Großwürdenträger — du hast dein Amt in Ehren versorgt —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240502017/fragment/page=0002